

## **MANEO-Report 2021**

MANEO erfasst alljährlich Gewalttaten und Hinweise darauf, die sich in Berlin und seinem Einzugsgebiet gegen Schwule und männliche Bisexuelle und gegen Menschen, die für schwul gehalten wurden bzw. durch einen schwulenfeindlichen Übergriff betroffen waren, richten: auf dem Schulhof, beim Fußballspiel, im Internet oder im Straßenverkehr. Ebenso dokumentieren wir Hinweise auf Straftaten gegen Lesben, Trans\*personen und die gesamte LSBT\*-Community.

### **Vorbemerkung**

Die von uns zusammengetragenen Fallzahlen und Hinweise für 2021 liegen weiterhin auf hohem Niveau. Dennoch haben wir im Berichtsjahr deutlich weniger Fälle und Hinweise erfassen und auswerten können. Das liegt v.a. daran, dass wir nach 25 Jahren zum ersten Mal keine anonymisierten Eckinformationen mehr zu Fällen LSBT\* -bezogener Hassgewalt von der Polizei erhalten haben. Zur Begründung werden rechtliche Bedenken durch den Datenschutzbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft angeführt.

Aus Sicht von MANEO muss allerdings auch im Kampf gegen LSBT\*-Feindlichkeiten gelten, was Ende 2020 im Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen wurde, nämlich eine „Institutionalisierung bzw. Stärkung des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden“<sup>1</sup>. Stattdessen wird der erfolgreiche Austausch jetzt bedauerlicherweise eingeschränkt.

Das funktionierende Format des Austausches anonymisierter Informationen für statistische Zwecke zwischen Polizei und MANEO stand immer für die vertrauensbildende Zusammenarbeit zwischen Polizei und LSBT\*-Szenen. Hinzu kommt, dass MANEO aufgrund seiner niedrigschwelligen Arbeit in den vergangenen 25 Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, dass Fälle aus dem Dunkelfeld ins Hellfeld geführt werden konnten. Im Bemühen, LSBT\*-feindliche Gewalt sichtbar zu machen, war deshalb Berlin im Bundesvergleich bisher einsamer Spitzenreiter gewesen. In keiner anderen Region Deutschlands konnten vergleichbare Ergebnisse erzielt werden. Dieser Vorteil steht jetzt aber auf der Kippe. Darum betrachten wir die neue Entwicklungen mit großer Sorge, vor allem, weil wir unmittelbare Auswirkungen auf die Gewaltpräventionsarbeit in den LSBT\*-Szenebereichen in Berlin befürchten, damit auch auf die weitere Entwicklung der Fallzahlen.

### **Die Zahlen für 2021**

MANEO erfasste im Berichtsjahr 731 neu eingegangene Fälle und Hinweise (2020: 905). Von den erfassten Fällen und Hinweisen können wir jedoch aus den genannten Gründen nur einen Bruchteil auswerten. Denn bei 413 Hinweisen fehlen uns genauere Informationen bezüglich Tat-Zeiten, Tat-Orten und Tat-Ereignissen, und darauf, ob diese angezeigt wurden oder nicht. In der Vergangenheit waren wir in der Lage, unsere Hinweise mit der Polizei abzugleichen, um sie gegebenenfalls unserer statistischen Erfassung hinzuzufügen.

---

<sup>1</sup> Siehe: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/massnahmenpaket-kabinettsausschuss-rechtsextremismus.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/massnahmenpaket-kabinettsausschuss-rechtsextremismus.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

Von den 731 Fällen und Hinweisen konnten wir 321 Fälle auswerten (2020: 596). Im Berichtsjahr 2021 erfassten wir 527 Fälle mit LSBT\*-feindlichen Bezügen – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (510). Wie erwähnt, konnten wir nur einen Teil der Fälle auswerten, insgesamt 220 Fälle LSBT\*-feindlicher Gewalt.

Wir weisen darauf hin, dass ein Anstieg (oder Rückgang) von LSBT\*-bezogener Gewalt keinen Rückschluss auf einen objektiven Anstieg (oder Rückgang) von Übergriffen zulässt. Nach wie vor schätzen wir den Anteil nicht angezeigter Delikte gegen LSBT\* als sehr hoch ein. Das Dunkelfeld liegt unserer Einschätzung nach bei 80-90%.

Zu den dominierenden Deliktformen zählen Nötigung und Bedrohung (36%), Körperverletzungen, d.h. einfache und gefährliche Körperverletzungen, auch der Versuch (30%) und Beleidigungen (28%). Die Fälle weisen für viele Menschen auf eine erschreckende Alltagsrealität hin: mit Angst und Furcht zu leben, allein aufgrund dessen, schwul, lesbisch, bi-, trans\*, intersexuell oder queer zu sein, gemobbt und angegriffen werden zu können.

Ein Grossteil (über 50 %) der uns gemeldeten Fälle richtete sich gegen Schwule oder bisexuelle Männer. 220 Fälle, die sich auf Berlin bezogen, wiesen deutliche und einfache Hinweise auf einen LSBT\* -feindlichen Hintergrund aus (Vergleich auch hier nicht möglich). Bei Betrachtung dieser Fälle ist in Bezugnahme auf das Anzeigeverhalten zu vermerken, dass bei Meldung des Vorfalls bei uns in 35% der Fälle Betroffene keine Anzeige erstattet hatten. In 54% der Fälle wurde Anzeige erstattet, unklar blieb dies bei 11%.

#### 4 Fallbeispiele aus dem Jahr 2021

Treptow, 18.01.2021, 10:45-10:55 Uhr

Eine Trans\*Frau bestieg den Bus und wurde von einer Frau mehrfach beleidigt, u.a. dass die Geschädigte zu „fett und dumm“ sei. Die Betroffene sprach die Frau an und wies sie außerdem auf die einzuhaltende Maskenpflicht hin. Die Täterin entgegnete mit abwertenden trans\*phoben Beleidigungen. Bevor sie den Bus verließ, spuckte sie noch der Betroffenen ins Gesicht.

Kreuzberg, 21.06.2021, 20:15 Uhr

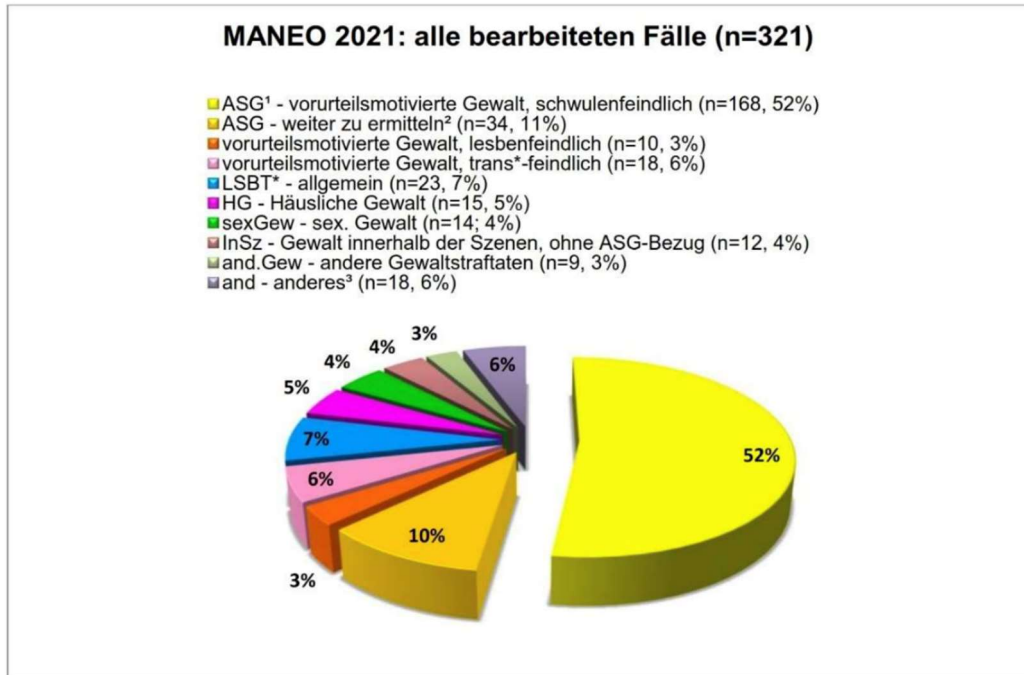
Ein schwuler Mann fuhr mit dem Auto zu einer Tankstelle. Vor der Einfahrt wurde er von einem anderen Autofahrer geschnitten. Als der Betroffene diesen zur Rede stellte, wurde er mehrfach schwulenfeindlich beleidigt. Der Betroffene setzte den Mann in Kenntnis, dass er sein Verhalten bei der Polizei anzeigen will. Der Täter reagierte mit einer Kopf-Ab-Geste. Der Betroffene geht davon aus, dass er wegen seines Regenbogenaufklebers auf seinem Auto als schwuler Mann von dem Beschuldigten erkannt worden war.

Mitte, 25.07.2021, 00:20 Uhr

Ein Berlin-Tourist (21) wurde nach dem CSD durch einen Unbekannten getreten und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Er war mit drei Freunden am Hackeschen Markt unterwegs, als er in einer Unterführung unvermittelt von hinten angegriffen wurde. U. a. wurde ihm eine Regenbogenfahne entrissen. Der Betroffene erlitt einen dreifachen Kieferbruch und kam zur stationären Behandlung ins Krankenhaus.

Lichtenberg, 04.08.2021, 19:20 Uhr

Ein Mann bedrohte eine nicht-binäre Person mit einer Schusswaffe und entkam unerkannt. Die 24-jährige Person habe nach eigener Aussage auf einer Bank in der Bernhard-Bästlein-Straße gesessen, als ein Pärchen vorbeilief und der Mann ihr mit dem Erschießen gedroht haben soll. Er soll eine Schusswaffe gezogen, durchgeladen und auf die Person gezielt haben. Anschließend habe er seinen Weg mit seiner Begleiterin fortgesetzt, später stellte er sich der Polizei.



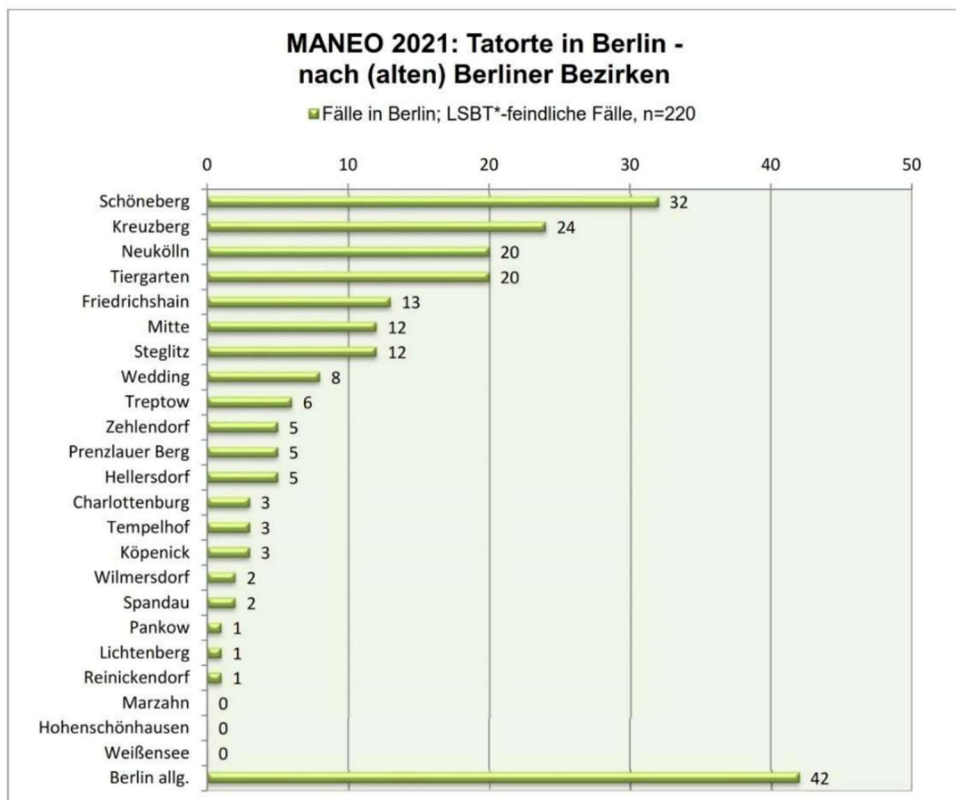
<sup>1</sup> „ASG“: vorurteilsmotivierte Gewalt: schwulenfeindlich.

<sup>2</sup> „weiter zu ermitteln“: in diesen Fällen muss der homophobe Hintergrund der Tat weiter ermittelt werden.

<sup>3</sup> Hierzu zählen nicht-vorurteilsmotivierte Gewalttaten.

3

Die meisten Fälle (32) wurden uns aus Schöneberg gemeldet, gefolgt von Kreuzberg (24) und Neukölln (20) und Tiergarten (20).



## Schwerpunktt Themen

Im Berichtsjahr haben wir uns mit einzelnen Phänomenen homophober, gegen Schwule und männliche Bisexuelle gerichtete Gewalt vertiefend auseinandergesetzt, außerdem mit weiteren Gewaltformen, von denen Schwule und männliche Bisexuelle betroffen sind. Dabei betrachten wir vor allem immer auch die Folgen und Auswirkungen auf unsere Zielgruppe.

Gewalterfahrung können in der Beratungsarbeit nicht losgelöst aus der Biografie von Schwulen und männlichen Bisexuelle, von LSBT\* überhaupt, betrachtet werden. Vielfach bringen sie erlebte Ausgrenzung und Diskriminierung als Vorerfahrungen mit, d.h. Minderheitenstress. Ziel ist es, unsere Beratungsarbeit kontinuierlich zu verbessern und sie auf die Bedarfe und Bedürfnisse von Betroffenen abzustimmen.

Uns begleitet auch das Thema Zwangsverheirat durch die Herkunftsfamilie seit über 30 Jahren. Regelmäßig wenden sich Betroffene an uns und suchen Beratung und Hilfe. Im letzten Jahr haben wir 16 Anfragen erhalten, die uns überwiegend aus der übrigen Bundesrepublik erreicht haben. In sechs Fällen wurden wir in Berlin tätig. Ebenfalls begleiten uns seit Anbeginn unserer Arbeit Diebstahlsdelikte, und zwar in unterschiedlichen Zusammenhängen: in der Anbahnung von Kontakten, in Party-Locations, bei One-Night-Stands, auf den Straßen im Regenbogenkiez.

## Beratungen

MANEO hat trotz Corona-Massnahmen auch im Jahr 2021 seine Beratungsarbeit aufrecht erhalten und die pro-aktive Vorort-Arbeit fortgesetzt. Wir haben insgesamt 805 Personen beraten, noch einmal deutlich mehr als im Vorjahr (2020: 720), und zwar:

- 616 Personen, die MANEO aufgesucht haben (2020: 449) und
- 190 Personen, mit denen MANEO im Rahmen seiner pro-aktiven Arbeit vor Ort gesprochen hat (2020: 271).

Auch die Anzahl durchgeführter Beratungsgespräche, einschließlich mit Institutionen im Rahmen des organisierten Casemanagements, stieg gegenüber dem Vorjahr wieder an auf 188 (2020: 132). Insgesamt wurden von uns 1.964 Beratungsgespräche geführt (2020: 2.285), mit Betroffenen, aber auch mit Institutionen.

Des weiteren haben wir unsere beratende Tätigkeit im Rahmen der Pilotmaßnahmen in den Außenbezirke (Lichtenrade/ Marienfelde) und Wartenberg/ Hohenschönhausen ausgebaut. Leider fehlen fast überall die LSBTI-Ansprechpartner in den Bezirksämtern; vor allem hauptamtliche, die ausreichend Zeit für ihre wichtige Arbeit haben.

## Geflüchtete

Neben der Kiez-orientierten Vorort-Arbeit mit dem Team Nachtbürgermeister im Regenbogenkiez haben wir auch unsere Geflüchtetenarbeit fortgesetzt. Hier sind wir bereits seit 2015 tätig, was sich angesichts der aktuellen Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg bewährt.

In 27 Fällen, in denen Geflüchtete Opfer von Übergriffen in Berlin wurden, zählten wir 28 betroffene Personen. In der Beratung von Geflüchteten ist regelmäßig mehr Zeit erforderlich, beispielsweise weil Vertrauen aufgebaut, Sprachmittlung organisiert und Verständnisfragen, etwa hinsichtlich unseres Rechts- und Strafrechtssystems, erklärt werden müssen.

MANEO bietet mittlerweile an zwei unterschiedlichen Orten jeweils donnerstags eine Tee-stube für Geflüchtete an. Hier stehen ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung, die einerseits Russisch und Ukrainisch, andererseits Farsi, Arabisch und Türkisch sprechen können. Zusätzlich unterstützen uns Mitarbeiter auf Englisch und Französisch.

### MANEO-Kernforderungen

MANEO erhebt aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und Monate sechs Kernforderungen an Politik und Zivilgesellschaft:

**1. Austausch mit Polizei** Der statistische Austausch anonymisierter Eckinformationen zwischen MANEO und der Polizei muss umgehend wieder aufgenommen werden, dies auch im Interesse einer effizienten Gewaltpräventionsarbeit sowie im Interesse Berlins, seinem Ruf als Regenbogenhauptstadt gerecht zu werden.

**2. Aufklärung & Prävention** Politik und die zuständigen Institutionen in Berlin dürfen nicht nachlassen, den in unserer Gesellschaft noch immer tiefverankerten Vorurteilen gegenüber LSBT\* mit Aufklärung und Prävention zu begegnen. Ebenso müssen Strafverfolgungsbehörden entschlossen handeln, wenn LSBT\* Opfer von Hassgewalt werden.

### 3. Förderung

Wir appellieren an den Rot-Grün-Roten Senat von Berlin, die finanzielle Förderung zielgruppenspezifischer Opferberatungen von MANEO und L-Support zu verstärken.

**4. Aktionsplan** Wir schließen uns der Forderung nach einem bundesweiten Aktionsplan gegen Homo- und Trans\*phobie an. Im Zusammenhang mit dem Strafbestand von Hasskriminalität müssen homophobe und trans\*feindliche Motive im Gesetz ausdrücklich benannt werden. MANEO bietet für die Ausarbeitung des Aktionsplans seine Expertise aus über 32 Jahren Opferhilfe, Beratung und Gewaltschutz an.

**5. Vorfälle melden** Wir rufen Betroffene und Zeug\*innen dazu auf, uns jeden Fall von LSBT\*-feindlicher Gewalt zu melden; auf Wunsch unterstützen wir Betroffene bei einer Anzeige bei der Polizei.

**6. Zivilcourage** Wir appellieren an alle Berliner\*innen, die LSBT\*-feindliche Gewalt beobachten, nicht wegzusehen. Es geht nicht darum, sich in Gefahr zu bringen: Aber Zeug\*innen können beispielsweise ihr Handy hervorholen und laut und deutlich kundtun, dass sie jetzt die Polizei verständigen. Oft hilft es den Betroffenen zu wissen, dass sie nicht allein sind. Berlin brauchen mehr Zivilcourage, auch als Reaktion auf Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.

### Rückfragen:

Kriss Rudolph, Tel. 01520- 650 51 82